

Staatssozialismus oder private Wirtschaft nach dem Kriege?

Wien, am 28. Jänner.

Obwohl wir noch ganz im Zeichen der Kriegswirtschaft stehen, so wenden sich doch mit steigendem Eifer Volkswirtschaftler und Politiker der Frage zu, wie sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden und welcher Art insbesondere künftighin die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaftsleben sein werden. Die Welt wird nach dem Kriege politisch wie wirtschaftlich eine andere sein. Mit dem Gewicht der Kriegsschulden beschwert werden wir in den Frieden eintreten und eine nur schwer zu beantwortende Frage ist es, ob wir ohne radikale Steuermaßnahmen überhaupt imstande sein werden, die Milliardenlast zu tragen. Unsere Staatsschuld belief sich noch im Jahre 1912 erst auf 6911 Millionen Kronen. Zu Beginn dieses Jahres war diese Summe bereits auf über 50 Milliarden angeschwollen und am Ende des vierten Kriegsjahres, also im August des Jahres 1918, werden es nicht weniger wie 70 Milliarden Kronen sein, die einen Zinsendienst von insgesamt 4 Milliarden Kronen notwendig machen. Dadurch allein schon erhöht sich der Staatshaushalt, der noch im Jahre 1912 2016 Millionen Kronen zählte, auf über 7 Milliarden Kronen für die Zeit nach dem Kriege. Dabei sind in dieser Summe viele dauernde Lasten, wie z. B. die Versorgung der Kriegsbekämpften und der Hinterbliebenen nicht mit eingerechnet. Auch die Milliarden, welche der Wiederaufbau der zerstörten Provinzen und die Wiederinstandsetzung der Eisenbahnen verschlingen werden, sind hier ebenso wenig berücksichtigt wie die Kriegslasten der großen Kommunen, die zwar im Staatsbudget nicht in Erscheinung treten, dafür aber die Bevölkerung nicht weniger angehen. Mit der Vermögensabgabe allein ist es bei einer derartigen Belastung der Volkswirtschaft nicht mehr getan und auch mit ausschließlich steuerrechtlichen Maßnahmen wird man der neuen Lage nicht mehr gerecht werden können, wenn anders nicht die Lebensfähigkeit unserer Volkswirtschaft unterbunden werden soll. Bleibt also nur noch die Erschließung neuer Reichtumsquellen und die Hebung der Gütererzeugung, die allein einen Ausgleich zu schaffen vermag gegenüber den Lasten des Krieges.

Welches sind nun aber die Wege zu diesem Ziele? Bei der Antwort scheiden sich die Politiker und Volkswirtschaftler in zwei Lager, je nachdem sie sich zur Privatwirtschaft oder zum Staatssozialismus bekennen. Die Anhänger des letzteren gehen bei ihren Betrachtungen gewöhnlich von der Kriegswirtschaft aus, in der sie nicht mit Unrecht die Vorläufer zum Staatssozialismus erblicken. Unter ihnen betätigt sich am lautesten der geistige Urheber nicht bloß der deutschen, sondern auch der österreichischen Kriegszentralen, Walter Rathenau, dem man, wie immer man sich sonst zu ihm stellen mag, die konsequente Weiterentwicklung seiner Idee zubilligen muß. Rathenau hat jetzt unter dem Titel „Neue Wirtschaft“ wieder einmal eine Broschüre auf den Markt geworfen, in der neben anderen Dingen auch von der Hebung der Gütererzeugung die Rede ist. Rathenau will das ganze Wirtschaftsleben nach technischen Gesichtspunkten ordnen. Er will die Welt mechanisieren und das Ideal ist für ihn die Werkstatt, in der womöglich ein Mann genügt, um den ganzen Apparat der Produktion in Gang zu

halten. Diese Mechanisierung — man könnte auch den Ausdruck Amerikanisierung dafür setzen — hat nur dann einen Sinn, kann nur dann zu Ersparnissen an Arbeitskraft und an Material führen, wenn sie mit der Ausschaltung jeder weitergehenden Individualität gepaart ist. Rathenau strebt damit jenen Zustand der einförmigsten Serienproduktion an, wie ihn Amerika, das Land der Massenfabrikation und der eintönigsten Gleichmacherei schon lange kennt. Etwas wirklich Neues stellen seine Ideen also nicht dar und auch die Art, wie er sich die Lösung im einzelnen denkt, ist nicht immer originell. Rathenau ist für die Zusammenfassung aller gleichartigen Betriebe der Industrie sowohl wie des Handwerks und des Handels zu Berufsverbänden; diese Verbände müßten dann nach seiner Auffassung wieder mit ihren vorverarbeitenden und mit ihren nachverarbeitenden Gewerben zu besonderen Gewerbeverbänden zusammengefaßt werden. Beide Arten von Verbänden sind als Aktiengesellschaften gebedt, denen in erster Linie der Weiterverkauf der erzeugten Waren obliegt. Der Berufsverband soll daneben auch noch das Recht der Aufnahme und Ablehnung neu Zutretender, des Alleinverkaufs inländischer und eingeführter Waren und schließlich der Stilllegung unwirtschaftlicher Betriebe erhalten. Mit einem Wort: Syndizierung des ganzen Wirtschaftslebens; aber mit dem besonderen Merkmal, daß Rathenau hierbei die Mitwirkung des Staates wünscht, dem er nicht etwa bloß die Beteiligung am Gewinn, sondern auch weitgehenden Einfluß in der Verwaltung zubilligt. Damit ist bereits der Eingriff des Staates in ein Gebiet, das ausschließlich der Privatwirtschaft zukommt, gegeben. Die Behauptung Rathenaus, daß die neue Wirtschaft, so wie er sie aufstellt, „keine Staatswirtschaft, sondern eine der bürgerlichen Entscheidungskraft anheimgestellte Privatwirtschaft sei,“ ist daher hinfällig, denn von einer Entscheidungskraft kann dort, wo z. B. der Staat in Gemeinschaft mit dem Berufsverband darüber entscheidet, ob dieser oder jener private Betrieb stillgelegt werden soll, keine Rede mehr sein. Eine absolute Staatswirtschaft ist es allerdings ebensowenig, was uns der Berliner Elektrizitätskönig in seinem Buche vorzeichnet. Dafür trägt aber seine „Neue Wirtschaft“ alle Zeichen eines Übergangsstadiums an sich, das wahrscheinlich sehr bald zur vollkommenen Gemeinwirtschaft führen müßte. Schon der

Hinweis, daß die in Aussicht genommenen Körperschaften, durch den Krieg ins Leben gerufen, eigentlich schon bestünden, zeigt die Klaue des Löwen. Gemeinverständlich ausgedrückt würde diese Andeutung besagen, daß die verschiedenen Kriegszentralen und die Wirtschaftszentralen als dauernde Einrichtungen, wenn auch vielleicht in etwas geänderter Form, in die kommende Friedenszeit übernommen werden sollen. Dagegen sträuben sich nun mit Recht nicht bloß die Angehörigen des Gewerbestandes und der Industrie, sondern vielleicht noch mehr die Konsumenten, die unter den Folgen der Drosselung des freien Wirtschaftslebens am meisten zu leiden haben. Schon heute sind viele der Ansicht, daß die Wege unserer Kriegswirtschaft grundsätzlich gewesen sind. In der Annahme, daß der Krieg nicht lange dauern werde, habe man sich in den grundsätzlichen Maßnahmen vergriffen und ein Uebermaß von Zwang und Organisation eingeführt, das jede treibende Kraft in der Volkswirtschaft lähme. Das „Zwangsläufige Eingreifen des Staates in die Wirtschaftsverhältnisse“ mag im Kriege bis zu einem gewissen Maße gerechtfertigt sein, nach dem Krieg, nach Ueberwindung der mit der sogenannten Übergangswirtschaft auftauchenden Schwierigkeiten kann es im allgemeinen kein anderes Ziel geben, als ungehinderte, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl beschränkte Wiederherstellung der Privatwirtschaft. Das private Eigeninteresse wird immer ein unentbehrlicher Impuls jedes wirtschaftlichen Handelns bleiben. Lieber mehr selbständige Existenzen in Industrie, Handel und Gewerbe, auch wenn sie nicht immer mit dem Höchstmaß betriebstechnischer Kraft arbeiten, als ein in Zwangssyndikate eingeschachteltes Wirtschaftsleben, das von selbst zu einer immer weiter vorwärtsschreitenden Stilllegung sogenannter unwirtschaftlicher Betriebe, zu der Austilgung des Mittelstandes im gesamten Erwerbsleben führen müßte. Die Welt würde mit dieser Wirtschaftsordnung zu einem Maschinen- und Warenhaus, in dem vielleicht die höchsten materiellen Massenleistungen erreicht würden, aber Individualität, Selbständigkeit des Einzelnen, persönliche Begabung, Geschmack und Kunst zugrunde gingen. Grauensgepeitscht würden die Genien der Menschheit fliehen.